

International

Panama Papers

Der dritte Mann

Der Schweizer Christoph Zollinger war lange Zeit einer der drei führenden Partner bei Mossack Fonseca. Heute distanziert er sich vom Offshoregeschäft. Doch Zollinger steckte tiefer drin, als er wahrhaben will.

Christian Brönnimann

Mossack Fonseca. Das sind nicht nur die beiden Gründer Jürgen Mossack und Ramón Fonseca. Dritter Partner beim Offshoredienstleister war lange Zeit ein Schweizer. Bisher galt Christoph Zollinger als unternehmungslustiger Pionier, der nach Abschluss seines Jurastudiums in den Neunzigerjahren nach Panama auswanderte, als Techniker bei Mossack Fonseca (MF) einstieg und später vor allem durch sein Engagement für ein Bobteam Panamas bekannt wurde – mit ihm als Steuermann. Recherchen in den Panama Papers zeigen nun ein anderes Gesicht Zollingers: Er schreckte selbst davor nicht zurück, mit einem Verbündeten von Syriens Machthaber Bashar al-Assad im Geschäft zu bleiben. Zum Bild des tüchtigen, aber im Grunde harmlosen Machertyps passt das nicht. Wir treffen Zollinger Mitte März im Büro seines Kommunikationsberaters Jürg Wildberger in Zürich. Auf dem Tisch ein paar Dokumente, mit denen er seine Standpunkte untermauern will. Zollinger weiss: Es wird nicht einfach sein. Tage zuvor erhielt er Kenntnis davon, dass eine grosse Menge Daten aus dem Innersten von MF abgeflossen ist. Daten, die auch seine Aussagen, die er dem «Tages-Anzeiger» vor einem Jahr schriftlich zukommen liess, in einem neuen Licht erscheinen lassen.

Aussage Zollinger vom April 2015: «Einer der Gründe für meinen Rücktritt aus der MF-Gruppe war, dass ich mich nicht mit dem Offshorebusiness als solchem identifizieren konnte.»

Im Geschäftsalltag waren Zollingers Vorbehalte doch deutlich kleiner. Als MF Anfang 2011 vor der Entscheidung stand, Firmen von Rami Makhlouf weiterzuführen oder nicht, sah Zollinger kein Problem darin, mit dem Cousin des syrischen Machthabers Bashar al-Assad in Verbindung zu bleiben – entgegen der Warnung der internen Aufsicht. Diese informierte ihn und die beiden anderen MF-Partner am 17. Februar 2011 darüber, dass man Firmen von Makhlouf und dessen Bruder registriert habe. Das sei eine «Hochrisikosituation». Der Name Makhloufs stand da, bei Ausbruch des Kriegs, schon seit drei Jahren auf der Sanktionsliste der USA. Makhlouf, der schon im Sandkasten mit Assad gespielt hatte, gilt als wichtige Stütze des Folterregimes. In US-Depeschen aus Wikileaks wird er als dessen Finanzier bezeichnet.

Noch am selben Tag schlug Zollinger die Bedenken in den Wind. Es handle sich bloss um Anschuldigungen, Gerüchte, aber nicht um Fakten, die gegen Makhlouf sprächen. In seinem E-Mail tat Zollinger hingegen seiner Sorge kund, dass die Zusammenarbeit mit der Bank HSBC, welche die Makhlouf-Firmen bei MF geführt hat, schwierig geworden war. «Wenn wir das Vertrauen zu einigen der Banker verloren haben, würde ich vielmehr empfehlen, dass wir unser Äusserstes versuchen, das Vertrauen zurückzugewinnen!», schrieb Zollinger. Erst als sich im September 2011 die Lage zuspitzte und der Krieg in Syrien immer schlimmer wurde, sahen auch Zollinger und MF ein, dass es Zeit war, sich von Makhloufs Firmen zu trennen.

Wirtschaftliche Ziele im Blick

Fazit: Zollinger hatte die wirtschaftlichen Ziele von MF selbst in den brenzligsten Situationen fest im Blick. Im Gespräch gibt er sich einsichtig. «Rückblickend war mein Kommentar in dem E-Mail zu Makhlouf ein Fehler, und ich bedaure das», sagt er. Doch dann rechtfertigt sich Zollinger mit dem einen Argument, das Offshoremanager für gewöhnlich heranziehen, wenn sie in der Defensive sind. «MF hatte mit Makhlouf nie direkten Kontakt. Makhlouf war nie ein Kunde von MF, sondern der Kunde einer internationalen Grossbank. Ich stützte mich bei meiner Einschätzung auf die Beurteilung dieser Bank.»



Gründete in Panama ein Bobteam: Der heute 47-jährige Christoph Zollinger (r.). Foto: Laprensa

Sitzt man Zollinger gegenüber, wird man den Eindruck nicht los, dass er den schmutzigen Anfang der Kette, an deren Ende Mossack Fonseca steht, lange Zeit verdrängt hat. Doch das entbindet ihn nicht von der Verantwortung, die er als ehemalige Nummer 3 bei MF mitträgt. Auch wenn er heute sagt: «Das Offshoregeschäft selbst hat mich nicht besonders interessiert.» Als operativer Manager habe er primär die internationale Entwicklung des Unternehmens und dessen Kommunikationsplattformen vorangetrieben. «Das war meine Passion.» Auch auf dem Papier war Zollinger viel stärker in die Firma eingebunden, als er bisher zugab.

Frage TA vom April 2015: Waren/sind Sie Mossfon-Aktionär? Antwort Zollinger: «Nein.»

Die Panama-Daten zeigen das Gegenteil. Zollinger war Aktionär von drei zentralen MF-Holdings. Entweder direkt oder über seine Stiftung in Panama. An der wichtigsten, der M.F. Private Holdings Limited, war er bis Mitte 2011 zu 10 Pro-

zent beteiligt. Die Aktien einer zweiten Holding wurden ihm offiziell erst zuteil, als er längst zurück in die Schweiz gezogen war und sich selbstständig gemacht hatte. In einem Protokoll dieser Holding vom September 2013 steht, Zollinger erhalte die Aktien «als Folge seines Goodwills und seiner bedeutenden Beiträge an die Firma». Unterschrieben ist das Dokument von den Firmengründern Jürgen Mossack und Ramón Fonseca.

«Nicht beteiligt an Holding»

Beim Treffen krebst Zollinger nun auch hier zurück. Mit den Aktien an der Gruppen-Holding, der M.F. Private Holdings Limited, habe er seine Gewinnbeteiligung von 10 Prozent abgesichert, räumt er ein. Seit seinem Ausscheiden aus der Geschäftsleitung 2011 habe er aber keine Beteiligung mehr an der Gruppen-Holding. Darüber hinaus gibt sich Zollinger unwissend. Von den Beteiligungen an den zwei weiteren Firmen der MF-Gruppe habe er erst dank der Recherche der «SonntagsZeitung» erfahren, erklärt er. Und er habe veranlasst, sofort aus dem Aktionariat gestrichen zu werden.

Aussage Zollinger vom April 2015: «Ich habe nie als Jurist oder Anwalt gearbeitet und war dementsprechend auch nicht Partner von MF Panama.»

Dokumente belegen, dass Zollinger faktisch Partner bei MF war. In einem internen Film von 2012 tritt er auf, während eine Stimme verkündet, Zollinger sei 2004 «offiziell zum Partner ernannt worden». In der eigenen E-Mail-Signatur bezeichnete er sich als «Partner Mossfon Group». Auf einer Liste von Februar 2015 taucht sein Name noch immer in den Verwaltungsräten von rund einem Dutzend MF-Firmen auf. Selbst im Mai 2015 gab er noch seine Empfehlung ab, MF solle die Firmen eines russischen Risikokunden abstossen. Und im Juli 2015 verschickte eine MF-Mitarbeiterin eine Firmenbroschüre, in der Zollinger nach wie vor als drittes Mitglied der MF-Führungsriege vorgestellt wird.

All dieser Fakten zum Trotz hält Zollinger im Gespräch an seiner Version der Geschichte fest. In seiner Funktion als Geschäftsleitungsmitglied sei er tatsächlich als Partner bezeichnet worden, im eigentlichen Sinne – Partner der MF-Anwaltskanzlei – sei er das aber nie gewesen, sagt er. Die letztes Jahr verschickte Broschüre sei veraltet gewesen. Dass er auch 2015 noch bei gruppeninternen Fragen mitdiskutiert habe, liege daran, dass er ein kleines Beratermandat bei MF habe. Und aus den Verwaltungsräten der MF-Firmen sei er inzwischen ausgeschieden. Auch auf mehrmaliges Nachfragen lässt Zollinger offen, ob er von seinem langen Verbleib darin gewusst hat.

Wenn er nichts davon wusste, entbehrt das nicht einer gewissen Ironie: Im Dickicht der Offshorewelt verloren selbst die obersten MF-Kader den Durchblick. Wusste er davon, dann nutzt Zollinger auch heute noch Unschärfen in seinen Erklärungen, um seine Rolle bei MF möglichst unbedeutend darzustellen. Fürchtet sich Zollinger davor, doch noch unliebsame Konsequenzen für seine Offshorevergangenheit tragen zu müssen? Oder war er schlicht als junger Abenteurer in ein Business geraten, das ihm später über den Kopf wuchs?

Am Schluss des Gesprächs, als er von den menschlichen Qualitäten von Jürgen Mossack und Ramón Fonseca spricht, ist Zollinger merklich aufgewühlt. Ob die Emotionen echt sind oder nur eine weitere Facette im grossen Offshoreversteckspiel – das bleibt Zollingers Geheimnis. Mitarbeit: B. Obermayer und F. Obermaier



Ramón Fonseca MF-Gründer und -Partner



Jürgen Mossack MF-Gründer und -Partner

Mossack Fonseca Schweiz ist ein wichtiger Absatzmarkt

Mossack Fonseca (MF) ist eine Grosskanzlei mit Hauptsitz in Panama. Ihr wichtigstes Geschäft ist der Verkauf und die administrative Führung von anonymen Briefkastenfirmen, Stiftungen und Trusts in Steueroasen wie den Britischen Jungferninseln, auf den Bahamas oder in Panama. Solche Konstrukte sind nicht illegal, sie werden jedoch oft für illegitime Zwecke verwendet. Das zeigt das am Sonntag bekannt gewordene riesige Datenleck, die Panama Papers.

MF gehört zu den grössten Anbietern von Offshorefirmen weltweit und beschäftigt mehr als 500 Mitarbeiter in über 40 Niederlassungen auf allen Kontinenten. Die Schweiz gehört zu den wichtigsten Absatzmärkten, vor allem dank der Filiale in Genf. Eine interne Bestandesaufnahme vom Juni 2015 zeigt, dass über die Genfer Filiale zu diesem Zeitpunkt 6428 aktive Offshorefirmen liefen – rund ein Sechstel des gesamten aktiven

Bestands. Zum Genfer Kundenstamm gehören über 500 Anwalts- und Treuhändbüros, Banken und weitere Intermediäre. Auch in Zürich führt MF eine Niederlassung.

In einer schriftlichen Stellungnahme halten die Direktoren der beiden Schweizer Niederlassungen fest, sie leisteten «ausschliesslich administrative Unterstützung» für den Hauptsitz in Panama. Deshalb unterlägen sie nicht den Vorschriften des Geldwäschereigesetzes.

Am panamaischen Fernsehen sprach MF-Partner Ramón Fonseca gestern von einem «Angriff» auf Panama: «Wir wurden gehackt. Das ist ein Verbrechen», sagte er. Viele Länder würden nicht anerkennen, dass sich Panama in einem harten Wettbewerb befinde, um Firmen anzulocken. «Man kann die Welt auf verschiedene Weise sehen. Die eine ist, sehr wettbewerbsfähig zu sein. Die zweite ist, Steuern einzuziehen.» (bro)

Finanzaufsicht schaltet sich ein

Während die Finma die Beteiligung von Schweizer Firmen im Panama-Skandal untersucht, fordert die SP strengere Gesetze.

Michael Soukup

Kriminelle nutzen die Anonymität von Steueroasen genauso wie Staatschefs. Das zeigt die Analyse von Offshorefirmen im Rahmen des Datenlecks Panama Papers. Wie der TA gestern schrieb, wird ein Teil dieser Briefkastenfirmen und ihre Konten von der Schweiz aus betreut. So führte die Gazprombank Schweiz in Zürich jahrelang Konten für Sergei Roldugin. Dabei handelt es sich um einen russischen Cellisten und engen Freund von Wladimir Putin. Durch seine Nähe zu einem Staatsoberhaupt handelt es sich bei Roldugin um eine politisch exponierte Person (PEP). In diesen Fällen dürfen Schweizer Banken Gelder nur unter strengen Auflagen führen. Trotzdem konnte der prominente Russe offenbar problemlos falsche Angaben machen. Ein Geschäftspartner von Roldugin wiederum, der Zugriff auf die Konten Roldugins hat, verschob über seine Offshorefirmen zwei Milliarden Dollar. Gegründet wurden diese Firmen von der russischen Bank Rossija, deren Spitze gemäss US-Regierung «Putins Kassier» ist. Sie leitete die Kontoeröffnung und weitere verdächtige Verträge an die Zürcher Awaltskanzlei Dietrich, Baumgartner & Partner weiter, welche diese anschliessend der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca schickten.

Bürgerliche gegen Verschärfung

Die Enthüllungen haben auch die Schweizer Politik auf den Plan gerufen. «Was die Schweiz betrifft, so ist alles daran zu setzen, dass in Bezug auf die jetzt bekannt gewordenen Fälle volle Transparenz über die Durchsetzung der geltenden Geldwäschereigesetzgebung geschaffen wird», sagt Susanne Leutenegger Oberholzer, SP-Nationalrätin und Präsidentin der nationalrätlichen Wirtschaftskommission. Gefordert seien die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) und die Selbstregulierungsorganisation des Schweizerischen Anwaltsverbandes. «Die Staatsanwaltschaft hat bis anhin von den Vorfällen ebenfalls nur aus den Medien Kenntnis», sagt Corinne Bouvard, Sprecherin der Zürcher Oberstaatsanwaltschaft, und verweist auf die Finma. Dort heisst es: «Die Medienberichte nehmen wir zur Kenntnis. Wir haben inhaltlich keinen Kommentar.»

Inwiefern auch Schweizer Banken die Dienstleistungen dieser weltweit vernetzten Anwaltskanzlei benutzt und dabei Schweizer Bestimmungen verletzt haben, werde man abklären.

Als rechtliche Knacknuss könnten sich die Aktivitäten der Zürcher Kanzlei herausstellen. Denn technisch gesehen untersteht ein Schweizer Anwalt dem Geldwäschereigesetz erst, wenn er direkten Zugriff auf Geldflüsse hatte. Experten sprechen von einer Gesetzeslücke, weil dadurch die Beratertätigkeit der Anwälte nicht geregelt ist. «Es muss auch geprüft werden, ob es allenfalls diesbezüglich Vollzugsprobleme oder gar Rechtslücken beim Geldwäschereigesetz gibt», sagt denn auch Leutenegger Oberholzer. Deshalb sollen private Vermögensverwalter durch griffige Gesetze und eine funktionierende Aufsichtsbehörde reguliert und kontrolliert werden, fordert die SP per Mitteilung.

Dem widerspricht der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter: «Es besteht weder eine Rechtslücke noch ein Vollzugsproblem.» Die bestehenden Gesetze sollen nur korrekt angewendet werden. Dieser Meinung schliesst sich der Zürcher FDP-Nationalrat und Banken-spezialist Hans Peter Portmann an: «Unsere Gesetze reichen vollends aus.» Schon heute würden analog zu den Banken auch für Anwälte entsprechende Sorgfaltspflichten gelten. «Wenn aber die Anwälte nur beraten haben, wie und wo man ein Konto eröffnet, dann ist die Bank alleine verantwortlich.»